

## «Die Bezirksgefängnisse sind massiv überbelegt» Gefängnisdirektorin Barbara Ludwig verlangt mehr Personal

Für Barbara Ludwig, Direktorin des Flughafengefängnisses Kloten und Vorgesetzte aller Bezirksgefängnis-Verwalter, ist die jüngste Serie von Ausbrüchen aus Bezirksgefängnissen klar eine Folge des Personalmangels und der Gefängnis-Überbelegung. Als Sofortmassnahme hat sie angeordnet, dass über Nacht immer mindestens zwei Aufseher in den Bezirksgefängnissen Dienst tun, und will beim Regierungsrat zu diesem Zweck eine Personalaufstockung beantragen. Darüber hinaus macht sie sich Gedanken, wie der Gefängnis-Überbelegung begegnet werden könnte.

Übers Pfingstwochenende sind aus den Bezirksgefängnissen Affoltern und Bülach insgesamt sieben Häftlinge geflüchtet. Frau Ludwig, wieso konnte es zu einer derartigen Häufung kommen?

Grundsätzlich sind in den Gefängnissen lange Feiertags-Wochenenden immer problematisch, weil wir über längere Zeit mit einem kleinen Personalbestand auskommen müssen. Die Insassen sind nicht so sehr unter Kontrolle, weil sie nicht arbeiten und den ganzen Tag in der Zelle verbringen. Aber der Hauptgrund ist, dass an solchen Tagen einfach zu wenig Personal verfügbar ist.

### Dilettantisches Verhalten?

In Affoltern haben die Ausbrecher einen simplen Trick angewendet: Sie veranlassten den Aufseher, den Arm durch das Guckloch in die Zelle zu halten und bekamen ihn so in den Griff.

Eigentlich sind meine Leute ausgebildet und wissen, dass sie den Insassen nicht so nahe kommen dürfen. Das Verhalten des Aufsehers mag von aussen dilettantisch aussehen. Aber das Personal der Bezirksgefängnisse hat mehrere Monate permanent im Hochdruck arbeiten müssen: Das Bezirksgefängnis Affoltern ist für 52 Personen ausgelegt und wir hatten 88 Insassen. Dass den Gefängnisangestellten unter diesem Dauerstress Unaufmerksamkeiten unterlaufen können, ist verständlich.

Es dauerte anderthalb Stunden, bis sich der gefesselte Aufseher selber befreien konnte und Massnahmen eingeleitet wurden. Gibt es keine Mittel, um frühzeitig auf Fluchten aufmerksam zu werden?

Doch, wir haben umfangreiche Sicherheitsmassnahmen. Erschwerend kam aber in diesem Fall dazu, dass sich das Gefängnis im Umbau befindet. Eigentlich müssten auch in der Nacht mindestens zwei Aufseher vorhanden sein. Auch bei uns gilt die Devise der Polizei «Ein Mann ist kein Mann». In Affoltern gingen mehrere Alarme los. Aber wenn das niemand hört, dann nützt es eben nichts.

Warum waren nicht zwei Aufseher anwesend?

Wir haben zu wenig Personal, weil wir unter einem enormen Spardruck stehen. Vor den Vorfällen an Pfingsten ist monatelang nichts Gravierendes passiert, und es hiess, es sei eben doch möglich, nachts mit nur einem Aufseher zu arbeiten. Ich habe jetzt als Sofortmassnahme angeordnet,



Barbara Ludwig fordert als Vorgesetzte aller Bezirksgefängnisse im Kanton und zehn zusätzliche Aufseher-Stellen. (Bild Gaëtan Bally)

net, dass in keinem mir unterstehenden Bezirksgefängnis mit mehr als 20 Betten nachts nur ein Aufseher vorhanden ist.

Beim Ausbruch in Bülach war nur ein Angestellter einer Bewachungsfirma anwesend. Er schlief.

Das entsprach den Vorschriften. Über Nacht verfügen wir nur über einen Pikettdienst. Aber der Ausbruch in Bülach ist grundsätzlich anders: Das alte, stillgelegte Gefängnis wurde – ebenfalls auf Grund der Überbelegungen – notfallmässig in 48 Stunden wieder eröffnet. Das kam den Ausbrechern entgegen, die wahrscheinlich auf klassische Art ein Loch in eine Mauer schlugen, was eigentlich hätte auffallen müssen.

### Auswirkungen des Kosovo-Kriegs

Hat der Kosovo-Krieg Auswirkungen auf die Situation in den Untersuchungsgefängnissen?

Vor allem zu Beginn des Krieges hatten wir in den Untersuchungsgefängnissen Konflikte zwischen Serben und Kosovo-Albanern sowie zwischen Süd- und Nordalbanern. Jetzt haben wir die Gruppen innerhalb der einzelnen Gefängnisse getrennt.

Stehen die Ausbrüche vielleicht mit diesem Krieg in einem Zusammenhang?

Nein, die Bereitschaft, aus einem Gefängnis auszubrechen, ist immer sehr gross.

Ist es nicht denkbar, Angehörige der gleichen Nationalität im selben Gefängnis unterzubringen, um Konflikte zu vermeiden?

Nein, wir können die Angehörigen einer Nationalität nicht in einem Gefängnis konzentrieren, sonst vergrössern wir das Kollisionsrisiko, also die Gefahr, dass die Täter Absprachen miteinander treffen. Der Krieg schafft für die Insassen aus dem Balkan emotional schwierige Situationen. Und die Überfüllung der Gefängnisse macht für sie und für uns die Situation noch schwieriger.

### Massive Überbelegung

Können Sie die Überbelegung der Bezirksgefängnisse in Zahlen ausdrücken?

Wir haben seit anderthalb Jahren eine permanente Überbelegung von heute etwa 20 Prozent. Die Zahlen von Affoltern habe ich genannt. Dielsdorf ist für 52 Insassen geplant, heute sind es 73. Horgen ist gebaut für 45 Insassen und hat 55. Pfäffikon ist für 75 ausgelegt und hat 90. Zürich war für 158 geplant und hatte über Monate zwischen 190 und 200 Insassen. Sie müssen sich vorstellen, was das bedeutet: Aus Werkräumen wurden die Tische herausgenommen und dort Kajütenbetten hereingestellt. In manchen Räumen befinden sich auf kleinstem Raum acht Insassen aus verschiedenen Ethnien. Sie sind äusserst schwierig zu betreuen.

Was sind die Gründe für die Überbelegung?

Wir wissen es noch nicht genau und sind dabei, die Gründe abzuklären. Die Bezirksgefängnisse

## «Hoher Ausländeranteil tangiert breite Kreise» Vorstösse der Stadtzürcher FDP zur Ausländerpolitik

Für die FDP ist klar, dass breite Bevölkerungskreise den hohen Ausländeranteil in der Stadt zunehmend als Gefährdung betrachten. Mit Integrationsbemühungen allein lasse sich diesem Problem nicht beikommen. Die FDP-Fraktion hat deshalb ein Paket von Vorstössen zur Ausländerpolitik ausgearbeitet, das sie heute im Gemeinderat einreichen will.

cb. Die Stadt Zürich habe die Tradition, Flüchtlinge aufzunehmen, und das solle auch so bleiben, erklärte FDP-Stadtparteipräsident Andres Türlin an der Medienkonferenz vom Dienstag. Zürich sei aber am Punkt angelangt, wo der hohe Ausländeranteil «breite Bevölkerungskreise empfindlich tangiert» und sie diesen als mögliche Gefährdung betrachteten. Daraus entwickle sich eine unerwünschte Abwehrhaltung. Mit Integrationsbemühungen allein lasse sich diesem Problem nicht begegnen, sagte Türlin. Vielmehr sei es nötig, dass Stadt und Kanton gemeinsam gezielte Schritte unternähmen.

### Ein Paket von Vorstössen

Aus diesem Grund hat die FDP-Gemeinderatsfraktion im vergangenen März eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein FDP-Paket von Vorstössen ausgearbeitet hat, welche heute im Gemeinderat eingereicht werden sollen. Die Arbeitsgruppe, welche sowohl Personen vom konservativen wie vom liberalen Flügel der Partei einschliesse, sei nach Analyse der ausländerpolitischen Vorstösse anderer Parteien zum Schluss gekommen, dass «noch vieles fehlt», meinte Gemeinderat Monjek Rosenheim. Das FDP-Paket wolle keine Ausländerfeindlichkeit signalisieren, solle aber der Stadt Zürich den Anreiz nehmen, den sie heute auf Personen ausübe, die primär aus wirtschaftlichen Gründen in unsere Stadt kämen. Im Unterschied zur SVP sei die Ausländerpolitik der FDP lösungsorientiert, wurde auf die entsprechende Frage betont.

Konkret sehen die Vorstösse der FDP folgendermassen aus: Mit einem Postulat, das vor allem die Situation in den Kreisen 3, 4 und 5 im Auge hat, wird der Stadtrat gebeten, Massnahmen vorzuschlagen, um illegal anwesende Ausländerinnen und Ausländer künftig wirkungsvoller auffindig machen zu können und deren Wohnsitznahme zu verhindern. Ein weiteres Postulat verfolgt den Zweck, neu ankommende Asylbewerber

rinnen und -bewerber bereits in den ersten drei Monaten, in denen sie keiner Erwerbstätigkeit nachgehen dürfen, sinnvoll zu beschäftigen. Gedacht wird dabei an gemeinnützige Arbeiten wie das Sortieren von Altkleidern oder die Stadtreinigung, wobei keine Schattenwirtschaft entstehen soll. Ferner sollen Anstrengungen unternommen werden, damit zugezogene fremdsprachige Erwachsene rascher die deutsche Sprache erlernen, so etwa, indem die Deutschkurse auf das jeweilige berufliche Tätigkeitsfeld ausgerichtet werden.

Mit einer Motion will die FDP den Stadtrat beauftragen, die Verordnung über die Grundsätze der Vermietung von städtischen Wohnungen und Geschäftsräumen so zu ändern, dass eine gute soziale Durchmischung erreicht wird. Bei Vermietung von neu erstellten Wohnungen an ausländische Personengruppen soll ab 1999 deren Anteil pro Wohnhaus 25 Prozent nicht überschreiten, bei Wiedervermietung soll diese Beschränkung bis 2004 erreicht sein. Zwei Beschlusserträge sollen dafür sorgen, dass die Stadt beim Kanton Behördeninitiativen einreicht. Die eine mit dem Ziel, beim Bund vorstellig zu werden, damit er die Mindestsätze im Fürsorge- und Sozialbereich senkt. Die andere, damit der Bund die Karenzfrist bis zur Arbeitsaufnahme durch Asylbewerber auf zwei Jahr erhöht.

### Attraktivität der Schweiz senken

Beide Massnahmen sollen dazu dienen, die Attraktivität für sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge zu senken. Mit mehreren Interpellationen will die FDP ausserdem darauf hinwirken, den Ausländeranteil in einzelnen Quartieren zu beschränken, den Deutschunterricht für fremdsprachige Schülerinnen und Schülern effizienter zu gestalten, die Publikation «Willkommen in Zürich» vermehrt auch auf gut gebildete, erfolgreich in unserem Land tätige Ausländer auszurichten sowie die Befolgung der Pflichten von Logisgebern vermehrt zu kontrollieren.

stehen zwischen den Polizeigeängnissen und der Strafanstalt Pöschwies: Aus den Polizeigeängnissen rücken Insassen in die Bezirksgefängnisse nach. Und in den Bezirksgefängnissen andererseits sitzen heute viele, die eigentlich in die Pöschwies gehören. Die Strafanstalt Pöschwies muss entlastet werden. Sonst gibt es keine Lösung für die Bezirksgefängnisse.

Wie kann Ihrer Ansicht nach eine Entlastung erreicht werden?

Ich habe dazu eine pointierte Meinung: Es gibt ausländische Straftäter, die heute in der Pöschwies sitzen, die von der Bedeutung ihres Delikts her in eine offene Anstalt gehörten. Bisher werden Ausländer in der Regel aber nicht in offene Anstalten verlegt, weil automatisch Fluchtgefahr angenommen wird. Dass jemand Ausländer ist, muss nun aber nicht bedeuten, dass er auch flüchtet. Deshalb wäre unter Umständen eine Verlegung von nicht gefährlichen Ausländern in eine offene Anstalt durchaus vertretbar. Ein Entscheid über eine solche Lösung muss aber auf der politischen Ebene gefällt werden. Ausserdem verbüssen in der Pöschwies viele Ersttäter ihre Haft, obwohl die Strafanstalt eigentlich eine Einrichtung für Rückfällige ist.

Nun verlangen Sie aber als Sofortmassnahme neue Stellen.

Ich denke nicht, dass sich die Situation auf absehbare Zeit wesentlich bessern wird. Deshalb brauchen wir eindeutig mehr Personal. Ich möchte beim Regierungsrat etwa zehn neue Stellen beantragen, was auf bisher rund 250 Beschäftigte in den Bezirksgefängnissen nicht allzuviel ist. Ich will mich aber nicht genau auf diese Zahl festlegen lassen.

Wie wollen Sie die zusätzlichen Leute einsetzen?

In Gefängnissen mit mehr als 20 Betten müssen wir nachts Doppelbesetzung von Aufsehern haben, damit Ausbrüche wie an Pfingsten möglichst verhindert werden können. Aber auch tagsüber können wir mehr Personal durchaus einsetzen.

### Keine technischen Alternativen

Gibt es keine Alternativen zu einer Personalaufstockung, zum Beispiel bessere technische Überwachungsmöglichkeiten?

Je höher der Sicherheitsstandard eines Gefängnisses ist, desto höher wird die Gefahr einer Geiselnahme. In einer solchen Situation ist es wichtig, dass die betroffenen Aufseher trotzdem Respekt geniessen, damit ihnen nichts passiert. Wenn zwischen Aufsehern und Insassen eine menschliche Beziehung besteht, ist die Hemmschwelle für Gewaltanwendung grösser. Die Aufseher können aber nur dann ein gutes Verhältnis aufbauen, wenn sie sich Zeit nehmen können. Wir wollen die Leute nicht überbetreuen, aber wir wollen eine gewisse Art von Menschlichkeit in den Gefängnissen beibehalten, auch um die Sicherheit für die Aufseher zu gewährleisten.

Interview: tom. und ese.

## Zwei unnötige Initiativen

Es vermag eigentlich niemand zu sagen, wozu die beiden Volksinitiativen «zur Durchsetzung der direkten Demokratie» gut sein sollen. Sie zielen darauf ab, die Fristen für die Behandlung von Volksinitiativen drastisch zu verkürzen. Offenbar geht es darum, den Regierungsrat und den Kantonsrat (beziehungsweise die entsprechenden Gemeindebehörden) daran zu hindern, sich mit Volksinitiativen ernsthaft auseinanderzusetzen und dazu fundiert Stellung zu nehmen. Und Gegenvorschläge zu Volksinitiativen möchten die Initianten aus den Reihen der Freiheitspartei ebenfalls verhindern.

Weshalb denn eigentlich? Die Behandlung der Volksinitiativen durch die Behörden im Kanton Zürich hat bisher keinen Anlass zu genereller Kritik gegeben; die Dauer von der Einreichung einer Volksinitiative bis zur Volksabstimmung hat sich im Verlaufe der letzten zehn Jahre tendenziell verkürzt; die gesetzlich vorgegebenen Fristen werden in der Regel bei weitem nicht ausgeschöpft.

Trotzdem behaupten die Initianten, im Kanton Zürich würden Volksinitiativen schubladisiert, und schreiben in der Begründung ihres Begehrens, es müsse der «überbordenden Verschleppungsbürokratie» Einhalt geboten werden. Sie belegen aber nicht mit Beispielen, was sie damit konkret meinen. Dafür tragen sie jetzt in Zeitungsinseraten dick auf mit Polemik, wiederholen die haltlosen Behauptungen über die angebliche Verschleppung von Volksinitiativen und bringen es fertig, das eidgenössische Krankenversicherungsgesetz und die Krankenkassenprämien in Verbindung zu bringen mit den Fristen im zürcherischen Initiativrecht – alles nur, um kräftig Stimmung zu machen gegen Politiker und «Politikerfilz». Und dazu behaupten sie, sie täten das aus Respekt für den Volkswillen!

Aber es ist dem Volkswillen nicht gedient, wenn mit zu kurzen Fristen eine einigermaßen seriöse Auseinandersetzung mit Volksbegehren vereitelt wird, und die schlampige Art, wie die Initianten die beiden vorliegenden Volksinitiativen den Stimmberechtigten andrehen wollen, hat mit Respekt vor den Volksrechten auch nichts zu tun. Wenn es um den Volkswillen und die Politiker geht, wäre hier übrigens noch anzumerken, dass der Erstunterzeichner der beiden Initiativen, Nationalrat Michael E. Dreher, ja wohl eine besondere Art von Politiker darstellt – aber eine, der das Zürchervolk gemäss dem Ergebnis der letzten Wahlen ganz gewiss kein Regierungsmandat anvertrauen möchte.

Bl.

## ZÜRICH UND REGION

### Stark überbelegte Gefängnisse

Für Barbara Ludwig, Direktorin des Flughafengefängnisses Kloten und Vorgesetzte aller Bezirksgefängnis-Verwalter, ist die Serie von Ausbrüchen eine Folge des Personalmangels und der Gefängnis-Überbelegung. 45

### ZÜRCHER KULTUR

#### Italienische Mittagshitze in Musik gesetzt

Das Stadtorchester Winterthur bringt unter der Leitung von Heinrich Schiff mit «The Golden Heat of Midday» das jüngste Stück aus der Reihe der italienischen Kompositionen von Rolf Urs Ringer zur Uraufführung. 46

### STADT ZÜRICH

#### Die Leasing-Geschäfte der Stadt Zürich

Zürich hat Leasinggeschäfte mit US-amerikanischen Firmen abgeschlossen. Es handelt sich dabei um klare Vereinbarungen, die finanzpolitisch attraktiv sind. In den USA vorgesehene Rechtsänderungen sollen für die Zürcher Vereinbarungen keine Folgen haben. 47

### KANTON ZÜRICH UND REGION

#### Nutzungsplan für Oberhauserriet in Opfikon

Zwischen der Stadt Zürich und dem Flughafen Kloten soll ein völlig neuer Stadtteil für 6600 Einwohner und 7300 Arbeitsplätze entstehen. Dies ist im Quartierplan für das Oberhauserriet in Opfikon vorgesehen. 51